



Präventions- und Interventionsmaßnahmen zur schulischen Inklusion von Schüler*innen mit sozial-emotionalen Auffälligkeiten – eine systematische Übersichtsarbeit

Exposé zur Bachelorarbeit von Nele Kelpin

Um Menschen mit Behinderung schon früh zu integrieren und in ihrer Entwicklung zu unterstützen, beschlossen die Vereinten Nationen im Jahr 2006 die UN-Behindertenrechtskonventionen (CRPD) als „Übereinkommen über das Recht von Menschen mit Behinderung“. Mit dem Ziel, die inklusive Ausrichtung unserer Gesellschaft zu stärken, besteht gemäß Artikel 24 das „Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung“. „Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen [...]“ (Artikel 24 Absatz 1 CRPD). Zur Erfüllung dieses Rechts, sollten Kinder mit Behinderungen in ihrer Vielfalt gewürdigt werden und die notwendige Unterstützung erhalten, um das Bildungsangebot erfolgreich wahrnehmen zu können (vgl. Artikel 24 Absatz 2 Satz d CRPD). Zur Umsetzung eines solchen inklusiven Schulsystems bedarf es wirksamer Präventions- und Interventionsangebote, die je nach Bedarf und Kontext zur Verfügung gestellt werden.

Es existiert ein breites Spektrum an Lern- und Verhaltensstörungen, die für die Bildungschancen von Schüler*innen eine Behinderung bzw. Beeinträchtigung darstellen. Diese Arbeit beschäftigt sich dabei mit der Entwicklung sozialer und emotionaler Fähigkeiten/Fertigkeiten. Ein Kompetenzbereich, der u.a. das Wahrnehmen und Verstehen von

Emotionen sowie das Regulieren des eigenen Emotionsausdrucks umfasst. Bereits im Grundschulalter verstehen Kinder zunehmend Zusammenhänge der Emotionsentstehung und beginnen sich empathisch in andere einzufühlen, um sich letztendlich angemessen in sozialen Situationen zu verhalten (vgl. Götze et al., 2018). Ein Bedarf an Förderung entsteht dann, wenn das Emotionsverständnis und prosoziale Verhaltensweisen soweit gestört sind, dass die Schüler*innen durch unangemessene, dissoziale Verhaltensweisen auffallen (z.B. übermäßige Aggressionen oder Rückzug). Wenn dieses Verhalten einer erfolgreichen Bildung im Weg steht, sollten schulische Präventions- und Interventionsprogramme darauf abzielen, dem Auftreten von Verhaltensauffälligkeiten vorzubeugen, diese zu mindern oder ihren negativen Einfluss auf schulische Leistungen zu verringern. Zwei grundlegende Konzepte zur Unterstützung der emotionalen und sozialen Entwicklung sind zum einen das Gestalten einer positiven Lernumgebung innerhalb der Schule und zum anderen die gezielte Vermittlung emotionaler und sozialer Kompetenzen (Hillenbrand, 2015).

Das Ziel dieser Arbeit ist die Darstellung eines systematischen Überblicks des Forschungsstandes zu Präventions- und Interventionsmaßnahmen von Schüler*innen mit sozial-emotionalen Auffälligkeiten. Der Fokus liegt hierbei auf Maßnahmen der inklusiven Beschulung, welche seit der Erlassung der UN-Behindertenrechtskonventionen im Jahr 2006 in Fachzeitschriften publiziert wurden. Dafür werden zunächst theoretische Grundlagen sozial-emotionaler Verhaltensstörungen beleuchtet und die rechtlichen Voraussetzungen schulischer Inklusion geklärt. Dem folgen eine systematische Darstellung und Zusammenfassung relevanter Forschungsergebnisse, um diese anschließend zu diskutieren und bewerten zu können.

Literatur

Götze, D. A., Ziegenbalg, S. & Mälzer, Y. (2018). *Förderung der emotionalen und sozialen Entwicklung von Kindern im Anfangsunterricht der Grundschule*. Sächsisches Staatsministerium für Kultus. Retrieved from <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/31739/documents/47907>

Hillenbrand, C. (2015). Evidenzbasierte Praxis im Förderschwerpunkt emotional-soziale Entwicklung. In R. Stein & T. Müller (Hrsg.). *Inklusion im Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung*. Kohlhammer (S. 170-215).

Stein, R., & Müller, T. (2017). *Inklusion im Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung* (2., erweiterte und überarbeitete Auflage.). Kohlhammer.

Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen. (2017). *Die UN-Behindertenrechtskonvention: Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen*. Hausdruckerei BMAS. Retrieved from https://www.behindertenbeauftragte.de/SharedDocs/Publikationen/UN_Konvention_deut_deu.pdf?__blob=publicationFile&v=2